

„Aktuelle sozialetische Perspektiven zu Familie, Europa und TTIP“

Eingangsstatement für den Kardinal-Höffner-Kreis, Berlin, am 8. Juni 2016 (13.00 Uhr),
Parlamentarische Gesellschaft, Berlin

Lieber Herr Schiewerling, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich danke Ihnen sehr für die Einladung, wieder einmal in diesem Kreis zu sprechen. Als Thematik für mein Eingangsstatement habe ich ein kleines Potpourri von Fragestellungen zusammengestellt, die aus meiner Sicht aktuelle Handlungsnotwendigkeiten im politischen Bereich darstellen. Wenn ich im Folgenden einige Bemerkungen zu Familie, Europa und TTIP mache, geht es bei allen drei Themenfeldern um zentrale Institutionen des gesellschaftlichen Lebens, denen man gemeinhin Stabilität unterstellt, die aber aktuell ungeheure Dynamiken entwickeln und deren Ressourcen für die Bedingungen gelingenden Lebens immer wieder aufs Neue abgesichert werden müssen.

Familie

Mit dem Apostolischen Schreiben „Amoris laetitia“ hat Papst Franziskus einen mehrjährigen weltkirchlichen Synodenprozess zum familialen Leben in Kirche und Gesellschaft abgeschlossen.¹ Bemerkenswert ist die Transparenz des dabei gewählten Verfahrens mit der Veröffentlichung der Ergebnisse zweier vorgeschalteter Befragungen, die ein ambivalentes Bild der Realisierbarkeit von Familie unter heutigen Bedingungen zeigten. Offenbar wurden die kulturellen Ungleichzeitigkeiten und Spannungen innerhalb des Weltkatholizismus, z.B. bei den Themen Homosexualität, Umgang mit wiederverheiratet Geschiedenen etc. Deutlich wurde die Notwendigkeit einer Familienpolitik, welche Forderungen eines angemessenen Familienlastenausgleichs mit wirklichen Fördermaßnahmen begegnet. Unabweisbar wurde die Diskrepanz zwischen kirchenrechtlich-dogmatisch-moraltheologisch fixierter kirchlicher Lehre auf der einen und dem alltäglichen Leben der allermeisten Katholiken nicht nur in Deutschland auf der anderen Seite. Dies hat massive Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit der Institution Kirche, die aufgrund dieser auch kommunikativen

¹ Papst Franziskus, nachsynodales Apostolisches Schreiben „Amoris laetitia“, Rom 2016.

Falle in der Gefahr steht, selbst zu einem Hindernis für den Glauben an sich zu werden, dem zugleich mit Klugheit und mit Treue zum Evangelium begegnet werden muss.

Papst Franziskus hat als Ergebnis der synodalen Beratungen in den meisten familialen Problemstellungen den Weg der Gradualität und Einzelfallentscheidung aufgezeigt, was angesichts der diversen höchst individuellen Fälle sehr geboten scheint, aber ungleich schwieriger umzusetzen ist. Dies hat bei uns auf Dauer Auswirkungen bis hin zum neu geplanten kirchlichen Arbeitsrecht. Damit ist innerkirchlich ein flexibler, aber begründungslastiger Weg des Umgangs mit der Spannung von idealen Lehransprüchen und konkreter Lebenswirklichkeit gewiesen. Ich sehe hier den Beginn einer neuen Lehrentwicklung, die der Normativität der Pastoral im Verhältnis zur Dogmatik und Moral und zum Recht mehr Geltung verschafft, ohne in die Falle einer reinen situationsethischen Bewertung zu geraten.

Ein weiteres Feld möchte ich ansprechen. Gesellschaftspolitisch wissen wir Katholiken um das Faktum des Pluralismus und damit um die soziale Relativität von Glaubenszusammenhängen. Dennoch plädiere ich aufgrund der uns institutionell eingeschriebenen Sorge für die Humanität der Gesellschaft bzgl. politischer Forderungen nach einer sogenannten „Ehe für alle“ aus Gründen der semantischen Kohärenz für eine pfadabhängige Weiterentwicklung des in Deutschland gewählten Weges einer „eingetragenen Partnerschaft“ als Ergänzung zum Rechtsinstitut der Ehe. „Ehe“ trägt historisch in einem jüdisch-christlichen und aufgeklärten Kulturkreis nicht nur die bloße Bedeutung eines profanen Vertrages wie für uns Katholiken ihre sakramentale Dimension aus, sondern vermittelt (bedeutungsüberschießend) stets auch Annahmen über die Vertragspartner und über männliche und weibliche Rollenbeschreibungen, die sich – Gott sei Dank! – in den letzten Jahrzehnten erweitert haben. Bei allen (politisch verständlichen) Bemühungen, Diskriminierungslogiken abzubauen, ist dann hinsichtlich der „eingetragenen Partnerschaft“ bei den nicht nur die beiden betroffenen Erwachsenen berührenden Fragen z.B. der Möglichkeit einer „gemeinsamen Adoption“ systematisch von den Ansprüchen des schwächeren Dritten, nämlich des Kindes, auf Wahrung seines Kindeswohls auszugehen (vgl. Verfassungsgerichtsverfahren). Neben dieser Systematik ist aber der kulturelle Diskurs auch unter Einschluss aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse fortzuführen. Gerade für die Begründungsfigur des Kindeswohls fehlt es weiterhin an fundierter Forschung.

Europa

Zu meinem zweiten Aspekt „Europa“: Ich finde es beschämend, dass angesichts der Flüchtlingskrise die re-nationalisierten Orientierungen in manchen Ländern sich innerkirchlich gleichsam spiegelbildlich reflektieren. Gerade für eine von ihrer Grundverfassung her weltgesellschaftlich und in ihrer Verkündigung mit universalem Heilsanspruch ausgerichteten und ausgestatteten Religionsgemeinschaft wie der Katholischen Kirche widersprechen jegliche partikularistischen Vorbehalte, insbesondere ihrer öffentlichen Repräsentanten, ihrem Grundauftrag. Ein Bischof ist seiner Ortskirche und der Weltkirche gleichermaßen verpflichtet!

Die Einheit Europas, die offenen Grenzen, die so selbstverständlich geworden sind, für die wir eine unumkehrbare Fortschrittsgeschichte angenommen hatten, bekommt zunehmend Risse. Wie Papst Franziskus in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Aachener Friedenspreis ausgeführt hat, war die Errungenschaft des Friedens- und Freiheitswerkes Europas und seiner Gründungsväter (heute sind es Mütter und Väter gleichermaßen!) die Etablierung einer neuen Ebene im politischen Bewusstsein: es gibt und muss ein nationalstaatenübergreifendes Gemeinwohl geben². Nicht mehr nationalistische Egoismen, sondern das gemeinsame Ziel stand für die erste Nachkriegsgeneration von Politikern im Vordergrund. Es ist (mit dem 19. Jahrhundert im Rücken) eine kulturelle und intellektuelle Leistung, nationale Perspektiven auf einer emergenten europäischen Ebene politisch zu transzendieren.

Diese Fähigkeit scheint angesichts vielfältiger Behinderungen, europäische Lösungen für aktuelle Probleme zu finden, zunehmend zu fehlen! Eine solche Degeneration des politischen Denkens kommt aber nicht plötzlich vom Himmel, sie ist vielmehr ein Produkt längerer kultureller und politischer Diskurslagen, in denen die Friedens- und Freiheitsleistungen des europäischen Gedankens zu wenig anschaulich narrativ kommuniziert wurden. Zu oft wurden die Bürger Europas in ihrer Identitätssuche europäisch mit Fragezeichen und nicht mit Rufzeichen konfrontiert. Aktuell erleben die Menschen europäische Institutionen häufig als Marktveranstaltungen vergleichbar eines Bazars nationaler Eitelkeiten. Es fehlt eine aktuelle Version einer gemeinsamen Erzählung als identitätsstiftender Geschichte. Ob es der abgelehnte Verfassungsentwurf von vor über zehn Jahren war oder die aktuellen Brexit- und Grexit-Debatten oder die Weigerung, die Wirtschaftsunion um eine Sozialunion nicht nur

² Papst Franziskus, Ansprache anlässlich der Verleihung des Karlspreises am Freitag, 6. Mai 2016, Rom.

auszuweiten, sondern auch systematisch zu vertiefen, um nicht von der Flüchtlingskrise zu sprechen, überall mangelte und mangelt es an dieser identitätsstiftenden gemeinsamen Erzählung für Europa. Über die technische Lösung der aktuell in den Hintergrund getretenen Finanzkrise, deren Leistung verdienstvoll genug ist, ist die Aufmerksamkeit der Politik für die Identifikationsprozesse der Menschen als europäische (und dann erst nationale) Bürger abhanden gekommen. Hier muss Politik eine neue Bildsprache finden. Denn Europa ist nicht das Problem, wie es die Populisten in den einzelnen Nationen verkünden; Europa ist die einzig mögliche politische Lösung! Wir brauchen eine neue Europakampagne, in der die Komplexitäten konkreter veranschaulicht und damit nachvollziehbar gemacht werden. Wir dürfen nicht, um einem Erstarren der Populisten zu begegnen, einfach deren Parolen übernehmen. Wir brauchen Europa-bekennende Vorbilder und mehr sinnlich erfahrbaren Mehrwert Europa für mehr Menschen. Europa ist nicht in Brüssel oder Straßburg, Europa ist in jeder Diözese und jedem Wahlkreis; und Deutschland ist genauso Europa wie Ungarn, Frankreich oder Griechenland. Wir müssen alle in unseren jeweiligen Kontexten für ein öffentliches Bekenntnis zu Europa werben.

Besondere Sorge habe ich hinsichtlich der rechtstaatlichen Abschottungsdynamiken in manchen Mitgliedsstaaten: Die Errungenschaft Europas war nie das Recht des Stärkeren, die Qualität europäischer Demokratie lag stets im gepflegten Umgang mit dem Recht des politisch Unterlegenden. Dies ist der Ausweis der politischen Güte eines Gemeinwesens. Politik ist das Bohren dicker Bretter, es geht um Konsens und Integration auf allen Ebenen. Diese Aushandlungsprozesse sind nicht leicht darzustellen; man darf die damit verbundenen Anstrengungen auch nicht verschweigen, sonst macht dies die Bürger unmündig und das gemeinsame Projekt unglaubwürdig. Wie aber Papst Franziskus gesagt hat, ist der Dialog, das besondere Bemühen um Verständigung, der einzigartige Markenkern Europas, der nicht weiter durch alte Grenzlogiken diskreditiert werden darf.

TTIP

Wenn ich jetzt mit einigen Bewerbungen zum Handelsabkommen TTIP mein Eingangsstatement beende, möchte ich darauf verweisen, dass einer der zentralen Grundzüge der modernen Gesellschaft die Globalisierung ist. Gesellschaft können wir heute aufgrund unserer Mobilität und technischer Kommunikationsmittel eigentlich nicht mehr bloß national denken. Die Nationalgesellschaften sind heute nur noch Substrukturen der einen Weltgesellschaft. Und das ist eine ökonomische, wirtschaftliche und insbesondere soziale

Herausforderung, der wir uns politisch zu stellen haben. Die Einigung Europas ist eine kontinentale Antwort auf die Herausforderung der globalisierten Welt. Wenn Europa wirtschaftlich nicht abgehängt werden will von den demografisch jüngeren und mutigeren sowie aufstrebenden Regionen, muss es sich auf internationale Bemühungen um Vereinfachung von Produktionszusammenhängen und Handelsstrukturen einlassen. Wie wir in einem Expertenpapier der Bischofskonferenz kürzlich festgehalten haben, gibt es für diesen unausweichlichen Prozess, aber Kriterien³. Der Prozess ist unausweichlich, aber er ist gestaltbar und muss angegangen werden, wenn Politik ihre gesellschaftliche Steuerungsfunktion behaupten möchte.

Grundsätzlich geht es um **Transparenz**, denn um der Legitimität und der Akzeptanz eines solchen Handels- und Investitionsschutzabkommens willen ist schon während seiner Aushandlung gegenüber der Öffentlichkeit größtmögliche Transparenz zu gewährleisten. Dann ist die Sicherung von **Standards** wichtig. Völlig unabhängig davon, ob man sich für die Festlegung gemeinsamer Standards oder die wechselseitige Anerkennung von Standards entscheidet, muss es immer möglich bleiben, aus Gründen der Sicherheit, des Gesundheits- und Sozialschutzes, des Umwelt- und Klimaschutz Standards jeweils auf dem gewünschten Schutzniveau zu halten, weiterzuentwickeln und zu verbessern, wobei die andere Seite nicht diskriminiert werden darf. Weiter sind **Ausnahmen** zu regeln: Die auszugrenzenden Themenfelder bzw. die erlaubten handelsbeschränkenden Regeln müssen neben den zu erwartenden Themenfeldern (Hormonfleisch von Rindern, gentechnisch veränderte Lebensmittel, Genehmigung von Chemikalien usw.) auch die freie Wohlfahrtspflege, die öffentlich geförderten Bildungseinrichtungen sowie den Sozial-, Daseinsvorsorge-, Verbraucher-, Klima- und Umweltschutz umfassen. Diese Regeln über Ausnahmen sollten als Gestaltungsschutz für diese Bereiche und nicht nur als Status-quo-Schutz formuliert werden und auch je nach Mitgliedstaat unterschiedlich ausfaltbar sein, denn die EU umfasst auch insoweit ganz unterschiedliche „Sozialkulturen“. Ein Handelsabkommen muss auch für **Drittländer offen sein**: Das TTIP soll sich, wo immer machbar, gegenüber dem globalen Süden öffnen, und zwar durch eine Erstreckung der gegenseitigen Anerkennung von Produkt- oder Prozessstandards auf Hersteller aus Drittstaaten, eine auch für Drittstaaten transparente Festlegung gemeinsamer transatlantischer Regeln und eine großzügige Gestaltung der Ursprungsregeln in TTIP, damit Zulieferer aus den Entwicklungsländern weiterhin und

³ Vgl. Für das Folgende: Die deutschen Bischöfe, Gerechte Regeln für den freien Handel (DBK-Kommission Nr. 43), Bonn 2016.

erleichtert in die USA und die EU exportieren und von TTIP indirekt profitieren können. Schließlich muss es weiterhin möglich sein, besonders armen Entwicklungsländern Abkommen mit Vorzugsbehandlungen anzubieten und ihnen Unterstützung beim Aufbau von Infrastruktur zur besseren Beteiligung am internationalen Handel zu geben. Langfristig sollte weiterhin darauf hingearbeitet werden, die **WTO zu einem globalen Ordnungsrahmen** für einen möglichst alle Länder umfassenden fairen Welthandel auszubauen. Schließlich müssen unbedingt die **Verlierer unterschiedlicher Marktöffnungsprozesse entschädigt** werden. Dieses Anliegen spielt in den USA eine große Rolle und müsste auch in der EU zentral mit EU-Mitteln und ergänzend zu den nationalen Mechanismen erfüllt werden. Dazu sollte die EU supranationale Ausgleichsmechanismen entwickeln, die solche individuellen Ansprüche befriedigen. Eine europäische soziale Marktwirtschaft kann man nur sichern, wenn man supranational das „Soziale“ *und* das Marktwirtschaftliche *gleichzeitig* sichert. Das ist hinsichtlich der Europäischen Union genauso wie bei TTIP zu beachten. Dann ist zu beachten, dass die bisherige Form des **Investor-Staat-Streitmechanismus** (Investitionsschutz) mit kritischen Problemen belastet ist. Daher sollte man TTIP stattdessen mit einer reformierten Investitionsschutzgerichtsbarkeit versehen. Zumindest sollte eine Revisionsinstanz in Form eines bilateralen Investitionsgerichtshofs aufgebaut werden, der zu einem internationalen Gerichtshof ausgebaut werden könnte. Dieser Rechtsschutz sollte insbesondere für mittelständische Unternehmen in beiden Instanzen erschwinglich und damit erreichbar werden, wobei man auch erwägen sollte, ob wirklich alle Arten von Investitionen – etwa spekulative versus langfristige – schutzwürdig sind. Das Investitionsschutzkapitel sollte inhaltlich einen neuen Weg gehen in Sachen besserer und genauerer Regeln zu einem vertretbaren und sinnvollen Schutz ausländischer Investitionen. Und schließlich sollte eine Regelevaluation und ein Mechanismus für eine regelmäßige Reform des Abkommens etabliert werden. Diese Empfehlungen verstehen wir als Hinweise für die politische Gestaltung eines Prozesses der schrittweisen Globalisierung des Handelsrechtes.

Angesichts einer sich dynamisch verändernden Welt werden sich die als so stabil angenommenen Institutionen als Handlungsrahmen des Alltagsleben eines jeden von uns auch verändern, sei es im Bereich der Familie oder bezüglich Europa und auf globaler Ebene. Wichtig bleibt, dass wir dies alles nicht fatalistisch auf uns zukommen lassen und gar noch kulturpessimistisch abqualifizieren. Wichtig bleibt, dass wir diese Prozesse in ihrer Gestaltbarkeit erkennen und die nötige Gestaltung aus einer ethisch reflektierten Perspektive heraus vornehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.